

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

23. Januar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Jawzjan, Balkh, Sar-i-Pul (Norden), Nangarhar (Osten), Khost, Paktia, Paktika (Südosten), Kandahar, Uruzgan, Zabul, Helmand (Süden), Kapisa (Zentrum), Farah (Westen), Kunduz und Baghlan (Nordosten).

In Nangarhar gab es nach Regierungsangaben in den letzten drei Monaten 81 Militäroperationen, bei denen 251 Aufständische getötet, 87 verletzt und 184 gefangen genommen wurden.



Anschläge und Übergriffe

Am 16.01.17 setzten IS-Kämpfer 20 weitere Häuser von Zivilisten im Distrikt Kot der Provinz Nangarhar (Osten) in Brand (vgl. BN v. 16.01.17). In der Provinz Sar-i-Pul (Norden) hat sich eine 19-jährige Frau erhängt, um einer Zwangsheirat zu entgehen. Eine weitere junge Frau hat sich am 21.01.17 in Jawzjan (Norden) aus demselben Grund erhängt.

Am 17.01.17 konnten Sicherheitskräfte eine Bombenwerkstatt der Taliban in der Provinz Balkh (Norden) zerstören.

Am 18.01.17 wurden zwei Menschen bei Auseinandersetzungen um Land in Logar (Zentrum) getötet. In Kabul kamen zwei Polizisten bei einem Bombenanschlag um.

Am 19.01.17 tötete in Badghis (Westen) ein Vater seine Tochter wegen deren unerlaubter Beziehung zu einem Mann.

Am 20.01.17 wurde in Parwan (Zentrum) ein Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums entführt. In der Provinz Farah (Westen) starben zwei Kinder bei einem Bombenanschlag. In der Provinz Balkh (Norden) kamen ein Milizenkommandant und zwei weitere Personen bei einem Bombenanschlag während eines Buzkashspiels um.

Am 21.01.17 wurde in Kunduz ein Richter des Militärgerichts entführt.

Übergriffe auf Journalisten

Im Jahr 2016 wurden nach Angaben des Afghan Journalists Safety Committee 13 Journalisten getötet, davon zehn durch die Taliban. Bei 101 Vorfällen von Bedrohungen und Gewalt gegen Journalisten seien über die Hälfte von Regierungsvertretern ausgegangen, rund ein Viertel von den Taliban und die restlichen von anderen Gruppen.

Pakistan

Bombenanschlag in Kurram Agency

Am 21.01.17 wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Markt in Parachinar (Kurram Agency, FATA) mindestens 25 Menschen getötet und über 80 verletzt. Die Verantwortung übernahm die mit den Taliban verbündete Gruppe Lashkar-e-Jhangvi.

Iran

Lange Haftstrafe für Doppelstaatlerin

Ein Teheraner Gericht hat die seit zehn Monaten inhaftierte 37-jährige Nazanin Zaghari-Ratcliffe wegen Spionage- und Umsturz-Vorwürfen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, so die Nachrichtenagentur Fars am 22.01.17. Nazanin Zaghari-Ratcliffe hat die iranische und britische Staatsbürgerschaft.

Irak

Aliierte Operationen gegen den IS

Im Ostteil Mossuls ist die Offensive der alliierten Kräfte anscheinend erfolgreich voran.

Laut Angaben der UN sind inzwischen rund 150.000 Einwohner der Stadt durch die Offensive zu Flüchtlingen geworden. Von Seiten des IS wird verstärkt Gewalt gegen Flüchtlinge angewendet. Auch von Zwangsrekrutierungen und Geiselnahmen von Familienmitgliedern wird berichtet. Am 22.01.17 forderten die UN Untersuchungen, nachdem ein Video im Internet zirkulierte, das irakische Truppen bei willkürlichen Folterungen und Hinrichtungen in Mossul zeigt.

Auch in der Anbar-Provinz verstärken sich die Kämpfe; bei verschiedenen Gefechten und Luftschlägen sollen mehrere Dutzend IS-Kämpfer getötet worden sein.

Kurdistan

Die USA haben angekündigt, in Erbil ein Konsulat zu eröffnen. Mit einem Budget von 600 Millionen USD für den Bau auf einem Grundstück von 200.000 m² dürfte es das größte Konsulatsgebäude der USA im Nahen Osten werden.

Am 20.01.17 kündigten Erbil und Bagdad, dass es eine gemeinsame Operation von Armee und Peshmerga geben werde, um die Präsenz bewaffneter Gruppen zu beenden; Beobachter vermuten, dass sich dies auch gegen die Präsenz der PKK in der Region richtet.

Am 23.01.17 drohte Ministerpräsident Barzani, einseitig die Unabhängigkeit zu erklären, sollte Nuri al-Maliki (Schiit) jemals wieder ins Amt des Premierministers des Irak zurückkehren.

Türkei

Parlament stimmt für Verfassungsänderung

Am 21.01.17 stimmten die Abgeordneten nach weiteren Handgreiflichkeiten auch in der abschließenden zweiten Lesung mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit für die Verfassungsreform, die sämtliche Macht beim Präsidenten bündelt. Im April 2017 soll das Volk in einem Referendum über das Reformpaket abstimmen, wofür es nur einer einfachen Mehrheit bedarf. Nach der neuen Verfassung soll der Staatspräsident künftig seine Stellvertreter, Minister, Bürokraten und zwölf von 15 Verfassungsrichtern unabhängig vom Parlament ernennen und absetzen, Gesetze per Dekret erlassen und das Parlament auflösen können. Überdies sieht der Entwurf seine Entbindung vom Gebot der parteipolitischen Neutralität vor. Das Amt des Premierministers soll abgeschafft werden und das Abgeordnetenhaus von 550 auf 600 Abgeordnete anwachsen, aber seine Aufsichtsfunktion über die Exekutive weitgehend eingeschränkt werden.

Staatsanwalt fordert 142 Jahre Haft für HDP-Politiker

Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu beantragte die türkische Staatsanwaltschaft am 17.01.17 für den kurdischen Oppositionspolitiker Selahattin Demirtas, Co-Vorsitzender der prokurdischen

Partei HDP, eine Haftstrafe von bis zu 142 Jahren. Demirtas befindet sich seit November 2016 in Untersuchungshaft. Ihm werden Verbindungen zur verbotenen PKK sowie Terrorpropaganda vorgeworfen.

Festnahme des mutmaßlichen Attentäters von Istanbul

Nach Medienberichten konnte die Polizei am 16.01.17 den mutmaßlichen Attentäter, der in Silvesternacht in einem Istanbuler Club 39 Menschen erschossen hatte, in einer Wohnung im Istanbuler Stadtteil Esenyurt festnehmen. Nach Angaben des Gouverneurs von Istanbul, Vasip Sahim, soll er in Usbekistan geboren und in Afghanistan trainiert worden sein. Der Festgenommene habe die Tat gestanden und eindeutig im Auftrag des IS gehandelt, der den Anschlag für sich reklamiert hatte. Zudem seien vier weitere Verdächtige festgenommen worden.

Syrien

Friedensgespräche in Kasachstan

In der kasachischen Hauptstadt Astana beginnen heute neue Friedensgespräche. Organisiert wurden diese von Russland und der Türkei. Teilnehmen sollen die Vertreter von mindestens 14 bewaffneten Gruppierungen, der syrische UN-Botschafter sowie Vertreter Irans, der Türkei und Russlands, der UN-Sondergesandte de Mistura und EU-Diplomaten. Ziel der Gespräche ist, die brüchige Feuerpause zu festigen und weitere Verhandlungen unter Vermittlung der Vereinten Nationen vorzubereiten.

IS in Palmyra

Die Terrormiliz IS hat laut Medienberichten nach der Rückeroberung der historischen Oasenstadt Palmyra in der vergangenen Woche weitere antike Stätten in der Stadt zerstört, darunter Teile des römischen Amphitheaters sowie des Tetrapylons. Zudem soll der IS am 18.01.17 in Palmyra zwölf Gefangene ermordet haben, unter ihnen vier Lehrer und Regierungsmitarbeiter, die vor einem Museum geköpft worden seien.

Bahrain

Am frühen Morgen des 22.01.17 wurden drei zum Tode verurteilte Männer durch Erschießen hingerichtet, so die Nachrichtenagentur des Königreichs. Es handelte sich um die ersten Exekutionen seit 2010. Den Getöteten wurde zur Last gelegt, bei einem Bombenanschlag 2014 drei Polizisten, unter ihnen einen Beamten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), getötet zu haben. Zu der Tat bekannte sich die weitgehend unbekannte al-Ashter-Brigade. Die Verurteilten gehörten der schiitischen Bevölkerungsmehrheit an. In der Hauptstadt Manama kam es vor den Exekutionen zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und regierungskritischen Demonstranten. Gerüchte über die Tötung der Verurteilten kurz vor der Hinrichtung hatten die Spannungen zwischen Regierung und Opposition erhöht.

Israel / Palästinensische Autonomiegebiete

Bau hunderter Siedlerwohnungen genehmigt

Kurz nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Trump hat Israel am 22.01.17 dem weiteren Ausbau jüdischer Siedlungen im annektierten Ostjerusalem zugestimmt. Der Bau von 566 neuen Wohnungen war Ende Dezember 2016 bis zu Trumps Amtsübernahme gestoppt worden. Die Siedlungen sollen in den Ostjerusalemern Stadtvierteln Pisgat Zeev, Ramot und Ramat Shlomo entstehen. Nach Regierungsangaben gibt es Pläne für 11.000 weitere Wohnungen. Es leben rd. 430.000 jüdische Siedler im besetzten Westjordanland und über 200.000 im von Israel annektierten Ostjerusalem. Der Siedlungsbau wird international als eines der größten Hindernisse für einen Frieden in Nahost angesehen.

Jemen

Erneut schwere Kämpfe

Nach Mitteilungen von Vertretern der Sicherheits- und Rettungskräfte am 22.01.17 wurden bei heftigen Gefechten und Luftangriffen in der Region Mocha am Roten Meer seit dem 21.01.16 mindestens 52 Kämpfer der schiitischen Houthi-Rebellen und ihrer Verbündeten sowie 14 regierungstreue Soldaten getötet. Vor zwei Wochen hatten die Regierungstruppen die Kontrolle über die strategisch wichtige Meerenge Bab al-Mandeb zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden zurückerlangt. Die Houthi-Rebellen zogen sich daraufhin in die Hafenstadt Mocha 20 km nördlich zurück.

Libyen

Tripolis

Zu Wochenanfang errichtete die 12. Brigade, eine Amazigh(Berber)-Miliz, diverse Straßensperren und verhaftete Einwohner des Stadtteils Suq al-Juma. Hintergrund ist die Gefangensetzung ihres Anführers Sifau durch die Rada-Miliz. Depots für Kochgasflaschen werden inzwischen von Bewaffneten gesichert. Weiterhin kommt es zu weiträumigen Stromausfällen.

Benghazi

Weitere Kämpfe um die islamistische Enklave Ganfouda werden berichtet.

Fezzan

Die Versorgungskrise im Süden (massive Engpässe bei der Versorgung mit Gas, Öl und Strom) führte zu einem Eklat im Parlament in Tobruk. Mehrere Mitglieder aus der Fezzan-Region verließen vorerst das Parlament. Die Versorgung mit Gas und Öl wird anscheinend durch die Dritte-Kraft-Miliz aus Misrata gestört, während andere Gruppen in Az-Zawiya das Stromnetz, v.a. das Obari-Kraftwerk (wichtigstes Kraftwerk Libyens) kontrollieren. Der Hintergrund der Stromengpässe ist ein Disput zwischen den Einwohnern Az-Zawiyas und dem Wishefana-Stamm, der mehrere Zawiyaner sowie einen Lastwagen mit Schmuggelgut (Tabak), das für Tunesien bestimmt war, in der letzten Woche gekidnappt hatte.

Derna

Am 17.01.17 wurden die Luftangriffe von Seiten der Armeeeinheiten Khalifa Haftars wieder aufgenommen. Derna steht seit Juni 2016 unter Kontrolle einer islamistischen Miliz.

Tunesien

Ausnahmezustand erneut verlängert

Präsident Beji Caid Essebsi hat den Ausnahmezustand wegen der anhaltenden Terrorgefahr erneut um einen Monat verlängert. Der Ausnahmezustand wurde im November 2015 nach einem Terroranschlag auf die Präsidentengarde verhängt.

Gambia

Präsident Yahya Jammeh tritt nach 22 Jahren ab

Der abgewählte Präsident Jammeh hat Gambia am 21.01.17 verlassen und traf am 22.01.17 in seinem Exil im zentralafrikanischen Staat Äquatorialguinea ein. Er wendete damit eine militärische Eskalation der wochenlangen Krise ab. Senegalesische Truppen hatten am 19.01.17 die Grenze zu Gambia überschritten, um Jammeh zur Machtübergabe an seinen Nachfolger Adama Barrow zu bewegen. Soldaten aus Nigeria und Ghana hielten sich für einen Einmarsch bereit. Nigeria ließ Kampfflugzeuge über Gambia kreisen und schickte das Kriegsschiff Unity vor die Atlantikküste. Die Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) unterbrach ihre Militärintervention für einen letzten Vermittlungsversuch durch Mauretanien und Guinea. Wenige Stunden vor dem Einmarsch hatte Wahlsieger Barrow in der gambischen Botschaft der senegalesischen Hauptstadt Dakar seinen Amtseid abgelegt und versprach hierbei, seine Regierung werde

sich für Reformen und eine Stärkung der Demokratie einsetzten. Die ECOWAS, die Afrikanische Union (AU) und die UNO veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der sie Jammehs Gang ins Exil lobten und den Militäreinsatz für beendet erklärten. Wie am 22.01.17 aus dem Staab des Amtsnachfolgers Barrow verlautete, soll Jammeh in der Zeit seiner Wahlniederlage und während des Streits um die Amtsübergabe mindestens 12 Millionen US-Dollar (11,2 Millionen Euro) von der Zentralbank Gambias erhalten haben.

Mali

Schwerster Selbstmordanschlag seit Jahren

Am 18.01.17 sprengte sich ein Attentäter in der Stadt Gao vor einem Militärstützpunkt in die Luft, als malische Streitkräfte und frühere Rebellen sich für eine gemeinsame Patrouille versammelten. Nach offiziellen Angaben gab es 77 Tote und mehr als 100 Verletzte. Malis Präsident, Ibrahim Boubacar Keita, ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. Zu dem Selbstmordanschlag bekannte sich die islamistische Terrororganisation Al-Kaida im Islamischen Maghreb (AQMI). Die gemeinsamen Patrouillen von Streitkräften und früheren Rebellen, die der Attentäter offenbar zum Ziel hatte, sind eines der wichtigsten Elemente des Friedensabkommens zur Stabilisierung des Landes. Sie sollen die früheren Rebellen integrieren.

Somalia

Hungersnot

Nach UN-Angaben droht in Teilen Somalias eine Hungersnot. Wegen der anhaltenden Dürre litten Hunderttausende Menschen unter schwerwiegenden Engpässen bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Insgesamt seien fünf Millionen Menschen – mehr als 40 % der Bevölkerung – auf humanitäre Hilfe angewiesen und 320.000 Kinder bereits schwer unterernährt.

Kampfhandlungen

Al-Shabaab-Kämpfer überfielen am 15.01.17 Stützpunkte der somalischen Armee und eine Polizeistation in Qoryooley (Region Lower Shabelle) und übernahmen die Kontrolle über die Stadt. Qoryooley liegt etwa 20 km von der strategisch wichtigen Hafenstadt Merka entfernt.

Die Einheiten der somalischen Armee und Kenias vertrieben am 16.01.17 al-Shabaab-Kämpfer aus der Ortschaft Nusdariq nahe Beled Hawo (Region Gedo).

Al-Shabaab eroberte die Ortschaft Barire (Region Lower Shabelle) zurück, nachdem die somalischen Regierungseinheiten und AMISOM, die die Ortschaft am Vortag übernommen hatten, sich am 18.01.17 aus der Gegend zurückgezogen hatten. Barire liegt ca. 50 km südwestlich von Mogadischu.

Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für einen Angriff auf AMISOM-Einheiten nahe Jowhar (Region Middle Shabelle) und einen weiteren nahe El Baraf (Region Middle Shabelle) am 18.01.17. Bei Jowhar kamen sieben AMISOM-Soldaten ums Leben. Mehrere somalische Soldaten starben am 19.01.17 bei einem Hinterhalt der al-Shabaab in der Region Bakool.

Kindersoldaten der al-Shabaab

Nach Angaben von UN-Generalsekretär Antonio Guterres stellen Kinder und Jugendliche einen Großteil der Kämpfer der islamistischen Miliz. Nach Schätzungen machen Minderjährige mehr die Hälfte der al-Shabaab-Kämpfer aus. So seien von den im März 2016 in Puntland gefangen genommenen Milizionären mindestens 60 % Jugendliche gewesen. Einige habe al-Shabaab mit dem Versprechen auf Ausbildung und Arbeitsplatz rekrutiert.

Abzug burundischer AMISOM-Truppen

Burundi kündigte am 16.01.17 an, mit dem Abzug seines AMISOM-Kontingents (etwa 5.400 Mann) zu beginnen. Die burundische Regierung beschuldigte die EU, den Sold für die Soldaten seit zwölf Monaten zurückzuhalten. Die EU hatte die Gelder für Burundi im Rahmen der gegen das Land verhängten Sanktionen eingefroren. Burundi befindet sich in einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, seit Präsident Pierre Nkurunziza beschlossen hatte, sich im April 2015 zum dritten Mal um das Präsidentenamt zu bewerben. Die EU erwägt, die burundische Regierung durch Direktzahlungen an die AMISOM-Soldaten zu

umgehen. Nach einer Kürzung der EU-Finanzierung der AMISOM um 20 % im Juli 2016 drohten auch andere Truppen stellende Staaten wie Äthiopien, Kenia und Uganda mit einem Abzug.

Gewaltsame Auseinandersetzungen Galmudug

Angehörige des somalischen Geheimdienstes stießen am 17.01.17 mit örtlichen Polizeikräften in Adado (Region Galgudud) zusammen. Die Auseinandersetzungen stehen im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Misstrauensvotum gegen Abdikarim Guled, den Präsidenten der Galmudug Interim Administration (GIA). Guled hatte das gegen ihn ausgesprochene Misstrauensvotum als illegitim und unakzeptabel bezeichnet und einen dreimonatigen Ausnahmezustand verhängt.

Nigeria

Gewalttätige Pro-Trump Kundgebung der IPOB

Am 20.01.17 fand in der südnigerianischen Ölstadt Port Harcourt eine Solidaritätskundgebung der secessionistischen Pro-Biafra-Organisation IPOB (Indigenous People of Biafra) für den neuen US-Präsidenten Donald Trump statt. Laut Polizeiangaben sei die Veranstaltung nicht genehmigt gewesen und habe die öffentliche Ordnung gestört. Zur Auflösung der Veranstaltung soll die Polizei Tränengas eingesetzt und etwa 65 IPOB-Angehörige verhaftet haben. Laut Angaben der IPOB seien die unbewaffneten Demonstranten von der Polizei angegriffen worden. Es habe elf Tote und 57 Verhaftungen gegeben. 27 sollen Schussverletzungen erlitten haben. Emmanuel Kanu, der Bruder des seit Oktober 2015 inhaftierten IPOB-Anführers Nnamdi Kanu, erklärte, dass Trump von IPOB unterstützt werde, da dieser für das Recht auf Selbstbestimmung einetrete.

Fälschlicherweise Flüchtlingslager bombardiert

Am 17.01.17 warf im Bundesstaat Borno nahe an der Grenze zu Kamerun ein Flugzeug der nigerianischen Luftwaffe irrtümlich zwei Bomben über einem Vertriebenenlager bei der Ortschaft Rann (Kala-Balge Local Government Area) ab. Tatsächliches Ziel des Angriffs seien Angehörige der Terrororganisation Boko Haram gewesen, die sich bei Rann aufgehalten haben sollen. Laut Zählung der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen mit Stand vom 20.01.17 starben bei dem Bombardement etwa 90 Menschen, meist Frauen und Kinder. Es lägen der Organisation Berichte von Einwohnern von Rann vor, wonach bis zu 170 Menschen umgekommen sein könnten.

Boko Haram: Selbstmordanschläge im Nordosten

Am frühen Morgen des 16.01.17 griffen laut Polizeiangaben drei Selbstmordattentäterinnen separat die Universität in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) an. Die erste, etwa zwölfjährige Attentäterin wurde nahe dem Hintereingang zur Universität von einem Polizisten erschossen. Hierbei explodierte ihr Sprengstoffgürtel. Kurz darauf sprengte sich eine zweite Attentäterin in einer Moschee auf dem Universitätsgelände in die Luft, wobei ein Professor und zwei weitere Personen getötet wurden. Etwa drei Stunden später erschoss die Polizei eine etwa zwölf Jahre alte Attentäterin, die einen Sprengstoffgürtel trug, hinter der Universität im Dorf Bara Karaya. Noch in der Nacht des 16.01.17 übernahm Abubakar Shekau, Anführer einer von mindestens zwei Boko-Haram-Fraktionen, die Verantwortung. Der Anschlag sei erfolgt, da die Universität den Islam mit Demokratie vermische.

Am 13.01.17 zündeten drei Selbstmordattentäterinnen ihre Sprengsätze, als sie bei einer Kontrollstelle der Bürgerwehr vor dem Markt der Stadt Madagali (nordöstlicher Bundesstaat Adamawa) durchsucht werden sollten. Hierbei starben die drei Attentäterinnen, je ein Baby auf dem Rücken zweier Täterinnen sowie zwei Angehörige der Bürgerwehr.

Kamerun

Boko Haram: Erfolge des Militärs

Laut Angaben des Regierungssprechers Tschirroma Bakary vom 11.01.17 führt die kamerunische Armee seit 19.12.16 zusammen mit der nigerianischen Armee Militäroperationen entlang der Grenze auf nigerianischem Gebiet beim Dorf Ngoshe durch. Hierbei hätten die kamerunischen Streitkräfte etwa 100 Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram getötet, 30 gefangen genommen und Hunderte von Boko Haram verschleppte

Geiseln befreit. Die eigenen Verluste beliefen sich auf drei Soldaten. Am 11.01.17 hätten zwei Mädchen und zwei Jungen versucht, Selbstmordanschläge in der kamerunischen Provinz Far North zu verüben. Diese seien von Armee und Bürgerwehr abgewehrt worden, die Attentäter dabei umgekommen.

Côte d'Ivoire

Soldaten bei erneuten Unruhen getötet

Am 17.01.17 kam es erneut zu Unruhen, bei denen in der Hauptstadt Yamoussoukro zwei meuternde Soldaten starben. Berichte über weitere tote Soldaten in Bouaké blieben unbestätigt. Auch in Daloa, Man, Bondoukou und Dimbokro kam es zu Protesten von aufgebrachten Soldaten. Sie demonstrierten dagegen, dass lediglich Mitglieder aus anderen Armee-Einheiten nach einer Vereinbarung in der vergangenen Woche Sonderzahlungen erhielten. Diese hatten ebenfalls gemeutert, Straßensperren errichtet und teilweise die Kontrolle an sich gerissen. Deren Meuterei endete, als die Regierung von Präsident Ouattara ihre Kernforderungen akzeptierte.

Am späten Nachmittag des 17.01.17 normalisierte sich die Lage.

Kosovo / Serbien

Massive Spannungen wegen eines Zuges

Ein Passagierzug, der am 14.01.17 erstmals seit 18 Jahren wieder von Belgrad nach Kosovska Mitrovica im vorwiegend von Serben bewohnten Norden Kosovos fahren sollte, sorgt für massive Spannungen zwischen beiden Ländern. Auf dem in serbischen Nationalfarben bemalten Zug war in 20 Sprachen die Aufschrift „Kosovo ist Serbien“ angebracht. Kosovo-Präsident Hashim Thaçi sprach von einer Provokation und ließ den Zug stoppen. Eine Spezialeinheit der kosovarischen Polizei rückte mit Gewehren und gepanzerten Fahrzeugen an. Kosovo-Serben aus der Region hätten dann die Polizisten eingekreist. „Um Blutvergießen zu vermeiden“, habe der serbische Premier Vucic die Rückkehr des Zuges angeordnet. In einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates drohte der serbische Präsident Nikolić mit dem Einsatz der Armee, sollten Serben in Kosovo bedroht sein.

Der Vorfall hat für einen neuen Tiefpunkt in den schwierigen Beziehungen zwischen beiden Ländern gesorgt und lässt alte Spannungen wieder aufflammen. Die EU rief dazu auf, Vernunft zu zeigen und zum Dialog zurückzukehren und hat einen Gesprächstermin für den 24.01.17 angesetzt. Beobachter vermuten, dass die serbische Provokation vor allem mit der bevorstehenden serbischen Präsidentenwahl im April 2017, aber auch mit dem wachsenden Einfluss Russlands in der Region zu tun hat, das an einer Destabilisierung des Balkans Interesse haben soll.

Hintergrund

Die Republik Kosovo (1,8 Millionen Einwohner) hatte sich im Jahr 1999 im Zuge eines gewaltsamen Konflikts von Serbien abgespalten. 2008 erklärte es seine Unabhängigkeit, die bis heute von 108 der 193 UN-Mitgliedstaaten anerkannt wird. Serbien betrachtet Kosovo nach wie vor als Teil seines Staatsgebietes. Ca. 40.000 Kosovo-Serben leben konzentriert in drei Gemeinden im Norden Kosovos einschließlich des Nordteils von Kosovska Mitrovica. Der überwiegend serbische besiedelte Nordteil akzeptiert den kosovarischen Staat nicht und unterhält von Serbien finanzierte Parallelstrukturen im Bereich Verwaltung, Justiz und Polizei. Im April 2013 wurde auf Druck der EU eine Vereinbarung über die Normalisierung der Beziehungen getroffen, worin der Übergang der illegalen Parallelstrukturen in den kosovarischen Rechtsrahmen geregelt wurde. Die Vereinbarung ist aber erst teilweise umgesetzt.

Kolumbien

Friedensverhandlungen mit ELN

Am 07.02.17 sollen in Ecuadors Hauptstadt Quito offizielle Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation Ejército de Liberación Nacional (ELN) beginnen. Ursprünglich sollten die Verhandlungen bereits im Oktober 2016 anfangen. Die Regierung hatte jedoch die vorherige Freilassung des ehemaligen Abgeordneten Odín Sánchez zur Bedingung gemacht. Er hatte sich im April 2016 gegen seinen von der ELN entführten Bruder Patrocinio austauschen lassen. Die ELN erklärte sich bereit, Sánchez bis zum 02.02.17 freizulassen. Die nach den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) zweitgrößte Rebellengruppe des Landes verfügt über etwa 1.500 bis 2.500 Kämpfer und finanziert sich durch Drogenhandel und Entführungen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de